

Bezugspreis:

Wochenschrift 3.- Mtl. monatlich 2.- Mtl. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 25. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Baltikum-Schieber.

Ohne Rücksicht auf das deutsche Volk, das diese Herren ins Elend schieben, wird immer noch versucht, den „Westrußen“ und den zu ihnen von der deutschen Fahne Geflüchteten ihren Kriegsbedarf aus Deutschland heimlich und durch Diebstahl an Reichsbesitz zuzuführen.

Ein Berliner Mittagsblatt brachte Freitag Mitteilungen über das Treiben von Agenten der russischen freiwilligen Westarmee in Berlin. Wie die V. V. A. an zuständiger Stelle erfahren, ist sofort eine scharfe Untersuchung eingeleitet worden.

Seeresgut nach Rußland in Berlin anwesend sind. Beobachterweise hat auch er unterlassen, diese Leute den maßgebenden Stellen zuzuwiesen.

Zu der Meldung der „Freiheit“ über die Schiebungen von Bekleidungsstücke für die „Eiserne Division“ erklären V. V. A., daß tatsächlich am 8. Oktober vom Königsberger Bekleidungs- und Handwerksamt sechs Waggons mit Bekleidungsstücken für die „Eiserne Division“ verladen wurden.

Der russische Konsul in Manchester und der finnische Oberst Eltengreen befanden übereinstimmend, daß ihre Heimatländer kriegsunfähig sind und nur durch englische Aus- hungerungsdrohungen noch gegen Sowjet-Rußland gehetzt werden.

Die Kämpfe um Rußland.

Der russische Konsul in Manchester und der finnische Oberst Eltengreen befanden übereinstimmend, daß ihre Heimatländer kriegsunfähig sind und nur durch englische Aus- hungerungsdrohungen noch gegen Sowjet-Rußland gehetzt werden.

Französische Methoden.

Vor einigen Tagen wurden in Straßburg eine Anzahl Leute unter der Verduldigung verhaftet, eine „neutralistische“ Verschwörung angestiftet zu haben, die am 9. November einen Aufstand mit dem Ziel geplant habe, Elsaß-Lothringen zum neutralen Staat zu machen.

Der französische Wahlkampf dreht sich größtenteils um die Frage des Bolschewismus und der Intervention in Rußland. Der französische Hauptmann Saboul, der während des Krieges nach Rußland kommandiert war und schließlich in bolschewistische Dienste getreten ist, steht auf der sozialistischen Kandidatenliste des Seine-Departements.

Innerhalb der sozialistischen Partei des Seine-Departements ist ein Konflikt ausgebrochen, der vielleicht zur Spaltung führen kann. Die Abgeordneten Desjardins, Ravart, Rozier und Weber sind, da sie für die letzten Kriegskredite gestimmt haben, von der Kandidatenliste gestrichen worden.

Der Prozeß gegen Caillaux vor dem Senat hat nun endlich begonnen, wurde aber alsbald bis zum 14. Januar vertagt. Caillaux, der natürlich die Beschuldigung des Landesverrats weit von sich wies, bezeichnete als Zweck der Vertagung, allerhand Abenteuerer und Gauner gegen ihn noch aufzubieten.

Der Entente-Kommissar für das Rheingebiet, Paul Tirard, hielt eine Bankettrede in Paris, die sehr ver- söhnlich klang. Man muß aber abwarten, ob Herr Tirard versuchen wird, Deutschland und Frankreich zu ver- söhnen — oder nur die Rheinländer mit der Fremdherrschaft!

Der wegen Einverständnis mit dem Feinde zum Tode verurteilte Lenoir ist in Vincennes hingerichtet worden.

Frieden mit Frankreich.

Das Journal Officiel veröffentlicht ein Gesetz, wonach vom 24. Oktober ab die Feindseligkeiten ihr Ende erreicht haben und der Friedenszustand effektiv geworden ist.

Amerikanische Hilfe für Wien.

Der Leiter der amerikanischen Speisungskommission in Wien, Dr. Hermann Geist, teilt mit, daß die in Wien bestehenden Kriegsküchen bezirksweise von der amerikanischen Organi- sation übernommen werden und innerhalb der nächsten 14 Tage die Speisung von einer Million Erwachsener von ihr übernommen werden wird.

Die Reaktion.

Gerade vor jetzt 57 Jahren war in Preußen das Mini- sterium der neuen Ära zusammengebrochen, das im Sinne eines politisch durchaus zahnmen Bürgertums zu regieren versucht hatte. Seitdem gab es in Preußen und dann in Deutschland wohl kurze Zeitabschnitte, in denen liberalis- sierend regiert worden ist; ein liberales oder gar ein fortschrittliches Ministerium, das die Gesamtpolitik des Lan- des und des Reiches in seinem Sinne geführt hätte, hat von jenen Tagen an die Geschäfte niemals geleitet.

In der Geschichte hat ein politischer Prozeß nie folge- richtiger seinen Abschluß gefunden, als diese rund 60 jäh- rige Periode konservativer Wirtschaft mit dem Sturze der deutschen Monarchien, mit dem Sturze des Kaiserreichs und Deutschlands in den Abgrund. Ueber diesen Abschnitt deutscher Entwicklung wird die unerbittliche Ge- schichte die flammende Inschrift setzen: „Dies war das Werk des reaktionär-konservativen Regi- ments in Deutschland.“

Wer da geglaubt hätte, daß solch erschütternde, furcht- bare Lehre konservative und Reaktionäre zu stiller Zurück- haltung wenigstens für einige Zeit zwingen würde, der ver- kannte durchaus den Charakter dieser Elemente. Am frischen Grabe des alten Reiches, das ihr Reich gewesen und dessen Grab sie geschaut, wagen sie es von neuem, sich als die einzigen berechtigten politischen Führer des deutschen Volkes aufzuspielen, und der frühere preussische Minister Bergl, der höhnend im Parlament gefragt hatte, wie denn die amerikanischen Truppen die Kette unserer U-Boote durch- brechen sollten, um über den Atlantischen Ozean nach Europa zu kommen — diese Verkörperung politischer Kurzsichtigkeit ist bezeichnenderweise der erklärte Führer der Reak- tion geworden, ein Mann, den unter tragisches Gesicht in den stillsten Winkel Deutschlands hätte zurückzudenken müssen. Nur die Langmut und die Gutberzigkeit der Deutschen ge- stattet einem solchen Führer, sich aus seinem verdienten poli- tischen Grab als selbstbewußter Prophet sogleich wieder zu erheben.

Aber freilich, selbst die Reaktionäre müssen erkennen, daß mit solch einem Müßkitteln von Schuld am Hals ihnen das politische Schwimmen nicht leicht sein wird, und so tun sie, was sie immer getan haben, wenn durch ihre Schuld ihr Staat — denn das Deutschland der Vergangenheit war der Staat der Reaktionäre — zerbrochen war.

Was taten sie seit hundert Jahren in solchen Fällen, und was tun sie heute?

Das junckerliche Preußen war bei Jena durch die revo- lutionäre Kraft napoleonischer Heere vernichtet worden. Der Freiherr von Stein suchte das vernichtete Preußen wieder aufzubauen. Er wollte den Bauernstand befreien, um neue Kräfte dem Staate zuzuführen. Damals wandte sich das preussische Junkertum an Friedrich Wilhelm III. und pro- testierte mit höchstem Nachdruck gegen solche befreiende Ge- setzgebung, die es als „neudeutsche Judenpolitik“ be- zeichnete.

Die reaktionären Elemente, die Preußen nach Jena ge- führt hatten, haben dann durch ihre volksfeindliche Politik die Revolution des Jahres 1848 heraufbeschworen, und wieder suchte man das Volk um die Früchte der Revo- lution zu betrügen, indem man ihm sagte, die Erhebung des Jahres 1848 sei „gemacht von Juden, Polen und Franzosen“.

Als dann unter Wilhelm I. die Herrschaft der Konser- vativen allmählich ins Bankrott gekommen war, als die Freiinnigen einige Erfolge erzielten, und als die Sozial- demokratie immer offensichtlicher ihren Siegeszug antrat, da kam die Ära Stöcker, des preussischen Hofpredigers; da kam die Ära des Freiherrn von Hammerstein, des Füh- rers der Konservativen, der wegen gemeiner Eigentumsver- brechen im Anstalt endete; da kam Schwarz, der Politiker aus der Gasse, und gefüllt von diesen Elementen trachtete die Reaktion unter antisemitischer Fahne ihre Herrschaft nochmals zu befestigen.

Und jetzt nach der furchtbaren Tragödie des unglücklichen Krieges sammelt dieselbe Reaktion wiederum ihre Kräfte auf die alte Weise. Mit den Mitteln des Antisemitismus hofft sie den Weg zur Macht von neuem sich zu bahnen. Den daß, den die Masse der Bevölkerung gegen die Reaktion hegt, sucht sie auf die Juden abzulenkten.

Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht die Verteidigerin irgendeiner einzelnen Interessengruppe oder irgendeiner ein- zeln Volk- oder Religionsgemeinschaft. Wir stellen uns nicht schüßend vor die Juden, weil sie Juden sind, sondern wir stellen uns schüßend vor jeden, der ungeredet versolgt wird, und wir bekämpfen jeden, der dem Wohle der Gesam- heit sich hindernd in den Weg stellt.

Des Zaren Rettungsversuch.

In seinen Erinnerungen teilt Graf Czernin in der „Wienschen Zeitung“ mit, daß am 26. Februar 1917 durch einen wohlbeglaubigten Neutralen ein ernstliches Friedens- angebot an ihn gelangte. Es ergab sich die Rückfrage vom 9. März, ob der nichtgenannte Gegner bereit sei, mit der Gesamtheit der Mittelmächte Frieden zu schließen.

Ruhe in Schmallalden.

In Schmallalden ist alles ruhig. Der Streit ist beendet. Mit der Aufhebung der besonderen Sicherheitsmaßnahmen ist zu rechnen.

Gewiß, auch wir sind gegen die Ausbeuter; natürlich auch gegen die jüdischen Ausbeuter. Aber wir wollen nicht scheinheilig verzeihen machen, daß es auch christliche Ausbeuter gibt, und Ausbeuter, die auf jedes religiöse Bekenntnis pfeifen. Wir wollen nicht den Religionshaß, und wir wollen nicht, daß der Klassenhaß in dem schon wahrlich genug zerklüfteten Deutschland geschürt wird. Wir reißen der Reaktion das antisemitische Gewand vom Leibe, damit alle Welt sieht, was sich unter dieser Hülle verbirgt. Es steht darunter das reaktionäre Interesse einer Adels- und Großgrundbesitzerklasse, die für ihren Besitz und für ihren ausschlaggebenden Einfluß im Staate bangt, der ihr entglitten, und den sie zurückerobern will.

Erinnert euch, ihr Kleinbauern und Landarbeiter, daß die Erbsuntertänigkeit euch verbleiben sollte, indem man die Aufhebung als ein „Juden Gesetz“ ausgab!

Erinnert euch, städtische Arbeitermassen, daß der erste politische Fortschritt bei uns im Jahre 1848 dem Volke verweigert werden sollte als ein Werk „von Ausländern und Juden“!

Erinnert euch, wer das Dreiklassenwahlrecht, diese schmachvolle Fessel für die Minderbemittelten und die Besitzlosen in Preußen, mit äußerster Häßlichkeit verteidigt hat!

Erinnert euch, wer euch und euren Kindern auch im Frieden das Brot verteuerte, und wer das Fleisch auch damals zu einem seltenen Gast auf eurem Tische gemacht hat.

Immer findet ihr, daß die Konservativen sich jeder modernen Entwicklung politischen Lebens mit äußerster und zähester Kraft entgegenstellen haben, und immer suchten sie die unaufgeklärten Bevölkerungsschichten für diese ihre Politik zu gewinnen, indem sie den Haß von den politischen und wirtschaftlichen Ausbeutern im allgemeinen auf den jüdischen Ausbeuter abzulenkten trachteten.

Im Kampf gegen das Ausbeutertum sollen die Reaktionen uns gewiß an ihrer Seite sehen, freilich unter der einen Voraussetzung, daß dieser Kampf gegen alle Ausbeuter ohne Ausnahme, auch gegen die junkerliche, die agrarische, die großgrundbesitzenden, die Schlotbarone geführt wird.

Wir aber erinnern uns, daß Marx, der geniale Theoretiker des Sozialismus, ein Jude gewesen ist; daß Ferdinand Lassalle, der geniale Agitator für den deutschen Sozialismus, ein Jude war, und daß diese Juden mit unseren christlichen Kämpfern, den unbergeklärten Liebknecht und Bebel, unsere Partei zu der heutigen Kraft emporgeführt haben. Nicht die Frage Jude oder Christ gilt uns Sozialisten, sondern uns gilt die Frage, wie steht der einzelne, wie stehen die einzelnen Bevölkerungsgruppen zu den Menschheitsaufgaben, deren Lösung uns obliegt.

Dabei ist es die Aufgabe der bewußten Sozialdemokraten, die unaufgeklärten Massen vor dem Gift der Reaktion zu bewahren, die den jüdischen Ausbeuter den Massen denunziert, um unbehelligt die eigene Politik politischer und wirtschaftlicher Ausbeutung des deutschen Volkes wieder in Angriff nehmen zu können; oder wie der Führer der antisemitischen Reaktionen, Bergt, sich auf einer Parteiverammlung in Greiswald jüngst ausdrückte: „Die antisemitische Welle wird den kommenden Wahlkampf für die Deutschnationalen ganz außerordentlich erleichtern.“ Das also ist der Zweck.

Es gilt daher, die Gedanken der Sozialdemokratie auch in die unaufgeklärten Kreise der arbeitenden Bevölkerung zu tragen. Es gilt, das Mandat der Reaktionen zu vereiteln, sie die Juden preisgeben wollen, um sich zu retten. Das deutsche Volk darf nicht erneut in die Sälungen geraten, die die Reaktion seit hundert Jahren immer wieder gestellt hat.

Unser Kampf gilt der Ausbeutung in jeder Form. Uns ist die christliche Ausbeutung ebenso verhasst wie die jüdische. Wir haben weiter zu kämpfen unter dem Banner,

das Juden und Christen, das die Marx und Lassalle, das die Liebknecht und Bebel entfaltet haben: Für die Demokratie und den Sozialismus und gegen die antisemitisch-reaktionäre Demagogie!

Ein neuer Skandal in Malmédy.

Am 6. Oktober wurden sieben Einwohner des Kreises Malmédy von einem Befehl des belgischen Generals Michel überrascht, der sie aufforderte, binnen 3 Tagen den Kreis Malmédy zu verlassen. Diese brutale Ausweisung traf den Barrer, Mahon zu Candenval, den derzeitigen Rektor von Bürenville, die Vorsteherin der Höheren Mädchenschule in Malmédy, Fraulein Gall, eine an derselben Schule angestellte Lehrerin Fraulein Steinmeyer und endlich drei Mitglieder einer Familie Poncin. Den Ausgewiesenen wurde bedeutet, daß sie wegen antisemitischer Propaganda im Kreis nicht mehr geduldet werden könnten. Insbesondere wurde der Vorsteherin der Höheren Mädchenschule von dem Chef der Sicherheitspolizei vorgeworfen, daß sie, obgleich nicht Sozialistin, am 7. Juli 1919 einer sozialdemokratischen Versammlung als Zuhörerin beigewohnt habe. Dies Faktum genügte, um sie auszuweisen.

Sämtliche Ausgewiesene sind vor ihrer Ausweisung weder vernommen, noch irgendwie verhört worden. Der fundamentalste Rechtsgrundsatz, daß auch der Beurteilte feils gehört werden muß, ist damit von den Belgiern rücksichtslos beiseite geschoben worden. Bezüglich der Stimme schmutziger Denunzianten war für den General Michel maßgebend. Ihm allein muß man die Verantwortung für seine jeder Gerechtigkeit hohnsprechende Maßnahme zumessen, denn der derzeitige belgische Kommandant des Kreises Malmédy, Major Dausreine de la Chevalerie, gilt als ein rechtlich denkender Mann, so daß er für eine brutale Vergewaltigung der Bevölkerung nicht zu haben sein wird.

Antifirster sind zweifellos wieder die bekannten Landesverräter Dubert Lang, Schwiegerohn des Brauereibesitzers Steinboch in Malmédy, und Leo Matze (beide haben stark geschäftliche Beziehungen nach Belgien), dazu ein von Lang bezahlter Probelgier namens Heinrich Konprez, dessen Tochter wegen Verlogenheit in der Schule von der Lehrerin Steinmeyer bestraft worden war.

Diese saubere Gesellschaft, die während des Krieges, als noch vom Deutschen Reiche Geld zu verdienen war und der Schützengraben drohte, sich im alldeutschen Sinn betätigte, weiß sich nunmehr, wo der Profit von Belgien winkt, an Gefäßigkeit gegen alles Deutsche nicht genug zu tun. So lassen sie harmlose Lehrerinnen und Geistliche, deren Vergehen nur darin besteht, daß sie deutsch denken und deutsch bleiben wollen, aus ihrem Beruf, aus der ihnen liebgewordenen Heimat vertreiben, wenn nur ihr Haß und ihre Rachsucht befriedigt werden.

Unberücksichtigt ist, wie der General Michel den Einflüsterungen der für jeden anständig denkenden Menschen moralisch minderwertigen Landesverräter Godebry schenken kann. Wie sie Deutschland verraten haben, werden sie auch eines Tages Belgien verraten. Dubert Lang hat schon im intimen Kreise geäußert, daß er für den Fall, daß Malmédy bei Deutschland bleibe, wieder ein guter Deutscher werden würde.

Was sagen die belgischen Sozialisten dazu, daß Leute ausgewiesen werden, weil sie einer sozialdemokratischen Versammlung beigewohnt haben?

Tarifabschluß in der Seeschifffahrt.

Die Verhandlungen, die bereits im September zwischen dem Zentralverein deutscher Reederei und den seemannischen Berufsverbänden eingeleitet, dann aber durch den wilden Streik der Seemannsbündler gestört und verzögert worden sind, haben nunmehr, nachdem der Seemannsbund das Vergebliche seines Versuches, in diese Verhandlungen störend sich einzumischen, hat erkennen müssen, am 23. Oktober zu einem befriedigenden Abschluß geführt.

Die Heimannsche Bibliothek und Lesehalle.

Ihr Jubiläum und ihr Abschied.

Ein Opfer des Krieges soll nunmehr auch die weit über Berlin hinaus bekannte Bibliothek und Lesehalle in der Adalbertstraße werden. Mit tiefem Bedauern, ja mit Behürzung werden es die vielen, vielen Freunde und Besucher dieser vorzeiglichen Anstalt vernehmen. Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten, Schriftstellern usw. haben dort aus den Quellen des Wissens und der Belehrung geschöpft, haben sich dort das Nützliche geholt, um im großen Geisteskampfe mit Erfolg wirken zu können. Der Gründer, Organisations- und finanzielle Erhalter des Hauses in der Adalbertstraße war unser Hugo Heimann. Auf ein zwanzigjähriges Bestehen seines segensreichen Werkes kann er zurückblicken in der Stunde, wo dieses Werk von uns Abschied nimmt.

Die Bibliothek, die früher im Hause Alexandrinenstr. 20 untergebracht war, ist später in das Hinterhaus des Grundstücks Adalbertstraße 41, das eigens dazu erben wurde, übersiedelt. So mancher, der durch die Adalbertstraße ging, wußte nicht, daß zwischen den alten grauen Mietshäusern eine solche Stätte des reichsten Wissens und der ungestörtesten geistigen Arbeit und Erholung vorhanden war. Geht man vom Plaz des Vorderhauses durch den Hof, in dem ein sehr freundliches Gärtchen angelegt ist, so sieht man den neuzeitlich geordneten Hinterbau, der, mit Zentralheizung und elektrischem Licht versehen, im Erdgeschoß die Bücher, Bureau und Ausleihräume und im ersten Stock den großen, für 150 Personen eingerichteten freundlichen Saal enthält.

Im Ausleihraum war das erste, was das Interesse des Besuchers auf sich lenkte, die hübsche und zweckmäßige Registrierungseinrichtung, die in voller Uebersichtlichkeit sofort feststellen ließ, ob ein Buch zu haben oder ob es verliehen war. Die Nummerntafeln des Auditors, wie die Erfindung hieß, die vor zwanzig Jahren Aufsehen erregte, heute aber von der individualisierenden Ausleihtechnik aus pädagogischen Gründen gering geschätzt wird, sind durch Metallblättchen in tausende kleiner Kästchen geteilt, deren jedes zur Aufnahme eines Metallbüchchens dient. Auf einer Schwarzseite blau, auf der anderen rot, liegen da, nach Nummern geordnet, schmale Kästchen übereinander, immer je tausend in einem Block, und jedes dieser Kästchen enthält einen kleinen Block, der Datum des Ausleihtages und Bibliotheksnummer des Entleihers anzeigt. Ist die blaue Seite dem Eintretenden zugekehrt, so ist das Buch vorhanden, steht man die rote Seite, dann ist es ausgeliehen. Im erdernen Hofe ist der Suchende sicher, das Buch sofort zu erhalten. Es bedarf nur der Angabe der Nummer, nicht des Titels, die Nummern laufen durch, ohne nochmalige Wiederholungen. Die Heimannsche Bibliothek war die erste ihrer Art auf dem ganzen Kontinent, die diese Einrichtung übernahm und so dem Ausleihenden wie dem Suchenden viel Zeit und Unannehmlichkeiten ersparte. Zur Rechten liegen auf Platten die Kataloge, in Reihen nach Wissensgebieten geordnet, und Plakate an der Wand besagen wie Farben und Wissensgebiete zu-

ammenpassen. Dabei ist der Bücherbestand durchaus nicht etwa klein, sonst wäre nicht weniger als 20 000 Bände schöner und belehrender Literatur auf. Dem Charakter der Bibliothek entsprechend sind jene Wissenschaften besonders zahlreich vertreten, die von der Arbeiterschaft vor allem verlangt werden; ebenso reich gepflegt sind auch die Bücher der schöngeistigen Literatur. Der Katalog ist ein dicker Band von 760 Seiten.

Oben im Saal, an gelbpolierten Tischen, hatten 150 Personen bequem und unbehindert Platz, um sich in ihren Lektüre zu vertiefen. Gleich beim Eingang, links und rechts, stehen Schränke, die mehr als 100 politische Tageszeitungen und 420 Wochen- und Monatszeitschriften aller Richtungen enthalten. Genaue systematische Verzeichnisse aller Bücher, Aufsätze und richtige Ablesungen. Den Schränken gegenüber ist die 2412 Bände umfassende Nachschlagelbibliothek aufgestellt, deren Benutzung jedem Besucher unter der Bedingung freihand, daß kein Buch aus dem Saale entfernt wurde. Auch hier gab ein Zettelkatalog die Möglichkeit einer schnellen Uebersicht. Für solche Besucher, die an Ort und Stelle arbeiten wollten, sorgte ein mit allem Schreibgerät versehenen Arbeitstisch. Mehr als zwei Millionen Personen haben seit seinem Bestehen das Institut aufgesucht, und davon waren über drei Viertel der eingeschriebenen Leser Arbeiter und Angestellte. Für das Ablegen der Garderobe war ein Vorrat geschaffen, der für 250 Personen eingerichtet und ebenso wie alles andere kostenlos zu benutzen war. Die Bedürfnisräume waren immer peinlich sauber gehalten.

Benutzen konnte die Bibliothek jeder, der sich irgendwie auswies. Er bekam eine Bibliothekskarte, die meist auf ein Jahr ausgestellt wurde. In der Hauptsache beruhte das Verhältnis zwischen Leser und Verleiher auf gegenseitigem Vertrauen. Und dieses Vertrauen ist nur in ganz wenigen Fällen mißbraucht worden. Alles vollzog sich an dieser Stelle in größter Ruhe, Freundlichkeit und Höflichkeit. Das zurückgebende Buch wurde hingereicht und jedes weitere Fragen (hierin sah die neuzeitliche Bildungsbücherei einen Mangel) erübrigte sich durch das System des Indikatoren. Neulingen gab ein freundlicher Beamter in der lebenswürdigsten Weise sofort Auskunft, so daß sie nicht lange unthätig herumstehen konnten.

Der Weltkrieg, der seine ungünstigen Wirkungen auch auf dieses Institut erstreckte, stellte dem weiteren Ausbau des Instituts und der Entwicklung der praktischen Bildungsarbeit immer neue Hindernisse in den Weg. Besonders zeigten sich seine schädigenden Einflüsse in dem andauernden Sinken der Besuchsziffern des Lesesaals. Die Ausleihbibliothek hat hingegen infolge stärkerer Benutzung von Frauen, Uebernachern und Lesereisenfahrten eine wenn auch nicht sehr erhebliche Steigerung der Frequenz erfahren.

Und dieses bedeutende, durch die Kraft und selbstlose Hingabe eines einzelnen Menschen geschaffene Werk, an dessen Entstehung unser Bebel freudigsten Anteil nahm, soll nun mit dem heutigen Tage aufhören zu existieren aus Mangel an Betriebskapital. Die Unterhaltung ist bisher jährlich 25 000 M. erforderlich, die Genosse Heimann aus seinen Mitteln bestritten hat. Aber jedes Opfer hat schließlich einmal eine Grenze und diese ist nunmehr erreicht, um

Die Kriegsschuld-Untersuchung.

Im Reichshaushaltsauschuß wurde mitgeteilt, daß die Vergabe des Herrenhaussaales für die öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses verzögert worden sei. Diese Sitzungen werden künftig im Haushaltsauschußsaal des Reichstages stattfinden. Es ist dies der größte Saal neben dem Sitzungssaal.

Der Untersuchungsausschuß beriet am Freitag über die Art der Verwertung des aus den bisherigen Berechnungen gewonnenen Materials. (Belgien) Der weitere Untersuchungsausschuß beriet über seinen Geschäftsplan. Insbesondere sollen behandelt werden der Frankfurterkrieg und die der belgischen Bevölkerung gegenüber vorgekommenen Verletzungen des Völkerrechts, auch die Trennung Belgiens in zwei Verwaltungsbezirke und die Flamenpolitik. Dem Auschuß gehören an die Abgeordneten: Vorsitzender Landsberg (Soz.), Schriftführer Schwarz, Gessen-Rossau (Zentr.), Meerfeld (Soz.), Rahmann (Soz.), Diez (Zentr.) und Dr. Philipp (Nat. Vp.).

Die Wohnung des Reichspräsidenten.

In ihrer Freitag-Abendnummer bemüht sich die „Kreuzzeitung“ einen Rekord in Falschmeldungen aufzustellen. Entwirrt man sie, daß die Nationalversammlung einen Betrag von 45 Millionen Mark für ein Wohngebäude für den Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße bewilligt habe. Selbst der deutsch-nationale Abgeordnete Koch, der in der Nationalversammlung zu diesem Posten gesprochen hat, vermochte nur zu deklarieren, daß der Etat angeblich 22 Millionen für den Bau einer Wohnung des Reichspräsidenten und 20 1/2 Millionen für den Neubau des Ministeriums des Innern aufweise.

Aber diese Behauptung ist völlig unzutreffend. Es wird überhaupt nicht neu gebaut. Es werden nur zwei Häuser, die bisher dem Kron-Bezirk gehörten, vom Reich übernommen. Wenn die „Kreuzzeitung“ sich darüber entsetzt, daß hierfür dem Kron-Bezirk ein Zuschuß von 40 1/2 Millionen zugeführt wird, so darf man wohl annehmen, daß sie es für richtiger gefunden hätte, wenn der Krone die beiden Häuser ohne irgendwelche Entschädigung enteignet worden wären. Es ist zuzugeden, daß solch Verfahren vielseitige Zustimmung gefunden hätte; so bleibt nur zu hoffen, daß von den 40 Millionen bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und der wilhelminischen Konkursmasse ein recht erheblicher Teil dem Steuerzahler verfällt.

Wenn die „Kreuzzeitung“ weiterhin behauptet, daß erhebliche Aufwendungen für die innere Einrichtung des für den Präsidenten bestimmten Hauses gemacht werden, so ist dies eine glatte Erfindung. Kaum nennenswerte bauliche Veränderungen werden vorgenommen, und die innere Einrichtung, soweit sie nicht vorhanden ist, wird tatsächlich, so wie die „Kreuzzeitung“ empfiehlt, aus dem Bestand überflüssig gewordener Schlösser genommen. Wobei allerdings bemerkt sein muß, daß, soweit wir unterrichtet sind, auch dieses ergänzliche Mobiliar, wenigstens zunächst, dem Kronfiskus bezahlt werden muß.

Das Betriebsrätegesetz.

Der Ausschuß hat beschlossen, daß die Wahl der Betriebsräte geheim und mit Proporz auf zwei Jahre statifindet. Gegen den Widerpruch der Sozialdemokraten wurde die Bestimmung gestrichen, daß das Misstrauensvotum einer Betriebsversammlung den Rücktritt der Gewählten nach sich ziehen muß. Angenommen wurden ferner folgende Bestimmungen: Der Betriebsrat hat die Aufgabe, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen und den Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen. Er hat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen.

so mehr, als infolge der wohnsinnigen Preisrückstellungen auf allen Gebieten die Unterhaltungslosten in ganz erheblichem Maße sich auch weiterhin erhöhen werden. Aber es sollte doch ganz undenkbar sein, daß eine Stadt wie Berlin, und sei sie auch noch so stark finanziell bedrängt, dieses Werk song- und kluglos untergehen lassen kann. Tausende von Mitbürgern sind mit diesem Institut auf das innigste verwachsen, in unzähligen Kanälen hat es Wissen und Bildung im Volk verbreitet, und darum müssen Mittel und Wege gefunden werden, auf daß das Haus der Öffentlichkeit erhalten bleibe.

Der Sozialist Heimann hat sich nicht nur hier betätigt, unter dem Regiment des Hausbesitzerprivilegs hat er es auch ermöglicht, daß überhaupt Sozialdemokraten in das Stadtparlament als Hausbesitzer eintreten konnten. Sieben Häuser hat Heimann im Berliner Stadtgebiet errichtet und darin gesunde, gesunde Wohnungen eingerichtet. Die Mieten sind nie gesteigert worden! Genosse Heimann ist der stille, bescheidene, fernsichtige Mann geblieben, der, ohne viel Aufhebens davon zu machen, in reichster Weise Nächstenliebe übte. In seiner Bibliothek hat er sich aber ein Denkmal gesetzt, und die Stadt Berlin könnte nichts Schöneres tun, als wenn sie dem Werk die Krone aufsetze und es in eigene Regie übernehme, auf daß es erhalten bleibe, und zum Segen und seinem Gründer zu Ehren.

Edgar Steiger.

Edgar Steiger ist Donnerstagabend in München an einer Lungenentzündung gestorben. Eine der eigenartigsten Persönlichkeiten, eine, wie es schien, unverwundliche Streiter- und Vorkämpfernatur scheidet mit ihm aus dem deutschen Literatur- und dem Parteileben.

Es war Ende der achtziger Jahre, als der junge Theologe, der verheiratete Sohn eines orthodoxen Schweizer Pfarrers, in Leipzig aufstand und sich mit dem ihm eigenen, nie versiegenden Elan in den politischen und literarischen Kampf seiner Tage stürzte. Es galt die Befreiung des Proletariats und die Befreiung der Diktatur. Im damaligen Leipziger Parteiblatt, dem „Wähler“, und im Kreise des Arbeitervereins stellte er sich in den Dienst der einen, in der von seinem Freunde und Landmann Hans Merian redigierten Zeitschrift „Die Gesellschaft“ in den Dienst der anderen Sache. Eine seinerzeit aufsehen erregende Broschüre „Der Kampf um die neue Dichtung“ machte seinen Namen in weiten Kreisen bekannt. Als dann der „Wähler“ sich in die „Leipziger Volkszeitung“ verwandelte und Bruno Schönlank deren Leitung übernahm, wurde Steiger Theaterkritiker und eifriger Mitarbeiter an ihrem Heulstein. Die Partei machte ihn daneben zum Redakteur der „Neuen Welt“, und dieses Amt nötigte ihn, auf dem Erfurter Parteitag des Jahres 1896 für den von ihm verfochtenen modernen Realismus in der Literatur einen heißen, aber siegreichen Kampf zu bestehen.

Die Auslandsdebatte.

Freitag-Sitzung der Deutschen Nationalversammlung.

Am Regierungstisch: Müller, Erzberger, Dell.

Neu eingetreten sind die Abgg. Lattmann (Dnat. Sp.) und Lerje (Dem.).

Auf eine Anfrage des Abg. Mollenhuth (Soz.) teilt die Regierung mit, daß die Befreiung der ersten Zone in Schleswig, wenn die Abstimmung für Dänemark ausfällt, erst möglich ist, nachdem die internationale Kommission zugestimmt hat. Die sofortige Befreiung würde ein Chaos hervorrufen und für die Bevölkerung die verwerflichsten Folgen haben. Eine Befreiung sollte erst erfolgen, wenn die Einzelheiten der Uebergabe grundsätzlich geregelt sind.

Das Auswärtige Amt.

Abg. Dr. Heinze (D. Sp.): In der auswärtigen Politik sollten die inneren Gegensätze schweigen. Unsere Lage ist völlig unklar. Auf die Unzufriedenheit des Friedensvertrages muß immer wieder hingewiesen werden. Die Untersuchungsbehörden werden nicht das Resultat erzielen, das die Mehrheit dieses Hauses von ihnen erwartet.

Abg. Kaufmann (Dem.): Der stetige einseitliche Wille war in den letzten 30 Jahren in der deutschen auswärtigen Politik leider nicht vorhanden. Der U-Boot-Krieg hat nicht, wie der Abg. Schulz gefordert hat, zu spät begonnen, sondern die Entlassung von Tirpitz ist 15 Jahre zu spät erfolgt. Der Abg. Geier beschwert sich über die Gewalt und Proklamierung der Gleichzeitigkeit. Die Unabhängigen stützen maßlosen Schaden. Deutschland darf sich nicht an der unfittlichen

Ungeheures Verbrechen gegen Rußland

beteiligen. Wilhelm II. war ein großer Diktator; aus Liebedienerei zu ihm ist bisher der dritte Band der Bismarck'schen Erinnerungen noch nicht veröffentlicht worden. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, endlich diese Karikaturen Bismarcks zu erblicken.

Abg. Schulz-Draumburg (Dnat. Sp.): Auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks ist der dritte Band noch nicht herausgegeben worden. Früher haben die Freunde des Herrn Kaufmann Bismarck beschimpft und ihm das Leben schwer gemacht, jetzt können sie es nicht erwarten, seine Erinnerungen zu erhalten. (Sehr richtig rechts.)

Abg. Dr. Loh (D. Sp.): Die Behauptung des Außenministers, daß Goerge im November 1918 sich gegen Sowjet-Rußland ausgesprochen hat, ist unrichtig. Im übrigen müßte ein sozialdemokratischer Minister wissen, daß, was im November 1918 richtig gewesen sein mag, nach neun Monaten nicht mehr richtig zu sein braucht. Wir müssen ein positives Programm für eine Ostpolitik schaffen. Die Funktelegraphie ermöglicht und geistige Beziehungen zu Rußland aufzunehmen. Hätte man sich früher um den Osten gekümmert, so wäre heute die Sicherung des deutschen Volkes nicht möglich. Was will denn die Regierung machen, wenn sie sich weder an der Wiedergeburt, noch die Beziehungen zu Sowjet-Rußland aufnehmen will? Die deutsche Regierung hat sich in

die Randstaatenpolitik

eingemengt, und wenn auch nicht Regierungsstellen, so sind doch ähnliche Stellen an dieser Einmischung schuld. Trotz aller Tätigkeit des Außenministers, die ich anerkenne, wird noch immer eine Randstaatenpolitik getrieben, die eine Einmischung darstellt. Neueste Politik ist der Ausfluß eines inneren Zustandes. Wir haben noch 200 000 russische Kriegsgefangene in Deutschland, von denen die Entente schon längst die Hand zurückgezogen hat. Die deutsche Regierung muß einen Weg zu finden suchen, auf dem diese armen Leute der Heimat wiedergegeben werden können. Wenn man freundliche Gesinnung gegen Sowjet-Rußland hat, und das russische Volk daran glauben machen will, muß man in dieser Angelegenheit auch einen kraftvollen Schritt zu unternehmen wagen. Unter Jusefow, wenn auch nicht mit Hilfe der deutschen Regierung, arbeiten

die russische Gegenrevolution

in den Randstaaten. Es ist schlichthin unverständlich, warum die Franzosen so hart mit den deutschen Kriegsgefangenen umgehen. Unter diesen Umständen muß von deutscher Seite für Winterleistung für die Kriegsgefangenen vorgeplant werden. Die Frage des Wiederaufbaus ist die Lebensfrage Frankreichs. Eine große, freie Aktion, um Arbeiter für den Wiederaufbau zu gewinnen, hätte veranlaßt werden müssen. Ich mache

Montrose.

5) Detektivroman von Sven Elvén.
Uebersetzung von Julia Koppel.

IV. Nord.

Dies muß festgestellt werden, daß der Husarenweg nicht zum Mononaise-Viertel gehörte, im Gegenteil, der Husarenweg gehörte zu den Straßen in dem großen neuen Viertel, das nach Osten das Verbindungsglied zwischen Stadt und Land bildete. Dort hatte eine fürsorgliche Stadtverwaltung die eine von den großen Gemeindeflächen zur Bebauung nach modernen Prinzipien für den kleineren Mittelstand zur Verfügung gestellt. Auf dem großen Gebiet hatte sich in kurzer Zeit eine reizende Gartenstadt erhoben, Straße nach Straße von kleinen Villen, von gepflegten Gärten umgeben. Den Straßen hatte man militärische Namen gegeben, um die glorreiche Militärmacht des Landes zu ehren. Außer dem Husarenweg gab es dort den Kürassierweg, den Infanterieweg, die Dragonergasse, Generalstraße usw. Und da schließlich neue Straßen hervorzunehmen, hatte man, um im Stil zu bleiben, keine Lust zu Bezeichnungen wie: Sergeantweg, Bajonettplatz und Ordnonanzstraße nehmen müssen.

Ein Stück von dem bewußten Hause entfernt verließen Krag und Keller das Auto und gingen das letzte Ende zu Fuß. Es war zu der Stunde, wo Menschen sich zur Arbeit begeben. Auf dem Fußsteig wimmelte es von Arbeitern, Montaristen und Rademädchen, überall klingelten die eifrigen Warnungsrufe der Fahrradpolizei, und die Straßenbahnen fuhren hüben und jenseits vorbei. Es war die Überfülle zu dem mächtigen Musikwerk des Arbeitslagers, dieser lebhaften und mitreißenden Luft des Lebens, den der Morgen in allen Großstädten trägt.

„Sehen Sie nur“, rief Keller und sagte seinen Freund am Arm. Sie waren vor Nummer 28 stehen geblieben, aber auf der anderen Seite der Straße. Nummer 28 war, wie die meisten Villen, ein kleines freundliches Einfamilienhaus mit einem eingefriedigten Garten davor. Auf dem Gang, der das Haus von der Straße trennte, zwischen blühenden Apfelbäumen, ging ein junger, schlanker Paer. Der Mann war nicht eigentlich in Arbeitsstracht, aber auch nicht förmlich

die französischen Sozialisten

aufmerksam, daß die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen ein Schaden für das deutsche wie für das französische Volk ist. Die französischen Sozialisten müssen den nötigen Druck auf ihre Regierung ausüben, damit diese Frage gelöst werde.

Abg. Scheidemann (Soz.) erklärt gegenüber Geier und Loh, daß jederzeit die Volksbeauftragten einschließlich Goerge einmütig es abgelehnt hätten, mit der russischen Sowjet-Regierung erneut in Beziehungen zu treten. Auch Kautsky schloß sich dem an. Ebenso einmütig wurde beschlossen, die Beteiligung von Delegierten der Sowjet-Regierung am ersten deutschen Rätekongreß zu verhindern.

Minister Müller:

Die Verhältnisse in Rußland sind noch so verworren, daß eine klare Kritik zurzeit nicht möglich ist. Die sog. „westrussische Regierung“ haben wir in keiner Weise anerkannt. Einen Zusammenhang zwischen Gefangenenaustausch und unserer Verpflichtung, das zerstörte Gebiet wieder aufzubauen, gibt es für uns nicht. Jede Ratifikation des Friedens wünschen auch wir.

Damit schließt die Aussprache.

Persönliche Bemerkungen.

Abg. Kaufmann (Dem.) erwidert dem Abg. Schulz (Dnat. Sp.), daß Bismarck die Veröffentlichung des dritten Bandes nicht verboten, sondern die Entscheidung seinem Sohne Herbert überlassen habe. — Abg. Schulz (Dnat. Sp.) bleibt bei seiner Meinung. Der Haushaltsplan für das Auswärtige Amt wird genehmigt. Sonnabend 1 Uhr. (Verkehrshaushalle. — Weiterberatung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Hinein in die Irredenta!

In der Freitagssitzung der Preussischen Landesversammlung gab

Abg. Manies (Soz.) folgende Erklärung ab: Unter den Gebiets teilen, die ohne Befragen der Bevölkerung vom Reiche losgetrennt werden, befindet sich auch das R e m e l - L a n d. Etwa 140 000 Einwohner dieses Gebietes, die in ihrer überwiegenden Mehrheit bei Deutschland zu verbleiben wünschen (Bekannter Beifall), werden unter Fremdberrschaft gestellt.

Die Friedenspolitik der Entente ruft im Osten eine deutsche Irredenta

herbor (Bekannter Zustimmung im ganzen Hause), welche auf unabsehbare Folgerungen für die weitere staatspolitische Entwicklung des Ostens föhlichen läßt und die den Konfliktstoffen im Osten neue Nahrung gibt. (Bekannter Zustimmung.)

Jahrhunderte haben wir Preußens und Deutschlands Aufstieg mitgemacht und an allem teilgenommen, was Deutschland kulturell, sozial und wirtschaftlich gehoben hat. Wir danken dem alten Vaterlande für alles, was es uns gegeben. (Bekannter Beifall.) Rügen Verunst und Menschlichkeit recht bald den Sieg über die Machtpolitik der Entente erringen und eine Revision des Friedensvertrages vorgenommen werden, die uns unserem Vaterlande wiedergibt. (Stürmischer Beifall.) Schmerzlich ist uns der Abschied; niemand wird aber imstande sein, uns das zu nehmen, was die deutsche Mutter und lehrte. (Stürmischer Beifall.) Wir werden deutsche Art und Sitten aufrechtzuerhalten suchen; denn

deutsche Kultur

bedeutet auch bei uns Aufstieg der arbeitenden Schichten. (Bekannter Zustimmung.) Wir gehören zu Deutschland, deutsch wird unser Herz bleiben. Als Abschiedsgütze richten wir nochmals die ernste Mahnung von dieser Stelle an das hohe Haus: Deutschland, vergiß Deine Kinder nicht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall auf allen Seiten.)

Präsident Reinert: Das ganze Land steht geschlossen zu dieser Erklärung. Das deutsche Volk wird die losgerissenen Gebiete niemals vergessen, sondern ihrer immer gedenken. (Bekannter einstimmige Zustimmung.)

gelleidet. Man konnte glauben, daß er auf einem Lager oder dergleichen beschäftigt war. Die Frau trug beglückt ein kleines Mädchen auf dem Arm. Es ging wie ein Müßschimmer von ihnen aus und man sah ihnen von weitem an, was sie waren: jungverheiratet und glücklich, ein junges Weib, das ihren Mann begleitet, der zur Arbeit geht. Der Mann gab seiner Frau die Hand zum Abschied — strich der Kleinen übers Haar und sah sich nach der Straßenbahn um, die sich mit freudigem Laut der Haltestelle näherte.

„Das ist unser Mann“, sagte Krag und schritt über die Straße, „leider müssen wir das Jdhl stören.“ Keller folgte ihm.

Jedesmal wenn Krag einen Verbrecher greifen wollte, achtete er genau darauf, wie die betreffende Person sich in dem Augenblicke benahm, wo es ihr klar wurde, daß die Polizei da sei. In solcher schicksalsschweren Sekunde konnte Krag viel in dem Auge eines Mannes lesen. Schreck, Verwirrung, Bergweilung, und er hatte gelernt, zwischen der Ratlosigkeit desjenigen, der nicht versteht, und desjenigen, der sich ertappt weiß, zu unterscheiden.

Als er aber vor diesem jungen Mann stand und sagte: „Wir sind von der Polizei“, meinte er, in dem Blick des Mannes keine dieser gewohnten Beobachtungen entdecken zu können.

„Ihr Name ist Singer?“ fragte Krag.

„Ja“, antwortete der Mann. „Arnold Singer ist mein Name. Was wünschen Sie von mir?“

„Sie sind Arbeiter?“

„Ja.“

Vielleicht ist er älter als er aussieht, dachte Krag. Sein Gesicht war weder regelmäßig noch hübsch zu nennen. Die Augen aber waren merkwürdig, blau und offen, der Blick fest und ruhig, fast grüblerisch in sich gekehrt. Bei diesem Blick stugte Krag unwillkürlich, und er sah jetzt auch, daß die Augen dem Gesicht den Ausdruck ungewöhnlicher Intelligenz verliehen. Es war nicht zum erstenmal, daß der Detektiv stugte, wenn er einem Menschen Aug' in Aug' gegenüberstand und einen überzeugenden Ausdruck von der Intelligenz dieses Menschen empfangen hatte.

Dieser Ausdruck hatte nichts mit Bildung oder Gelehrsamkeit zu tun, es war etwas Ursprüngliches an dem Individuum, etwas Ueberlegenes, Tatkräftiges und Elastisches,

Preussische Wirtschaftsfragen.

Die Landesversammlung erlebte am Freitag zunächst Anfragen.

Abg. Kaufmann (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß auf einer Reihe von Zechen die Kohlenwäschereien bereits längere Zeit eingestellt sind, und von verschiedenen rheinisch-westfälischen Zechen nicht nur ungeschäuferte Kohle, sondern auch ausgewaschene Steine mit etwa 30 Proz. Kohlen verfrachtet werden.

Ein Regierungsvertreter gibt dies zu. Der Reichskohlenkommissar wird gegen die betreffenden Zechen und gewissenlosen Händler mit den schärfsten Mitteln einschreiten und die Eisenbahnerverwaltung veranlassen, für unreine Kohlen keine Wagen mehr zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schmiljan (Dem.) teilt mit, daß sämtliche Parteien einen Ausschuß gebildet haben, um der Staatsregierung die notwendigen Maßregeln zum Schutze der Staatsbeamten in den abzutretenden Gebieten nahezu legen.

Einstimmig angenommen wird ein Antrag, der Gleichstellung der Krüppel mit den Invaliden und Renteneempfängern wünscht. Die Krüppel sollen rechtzeitig Spezialärzten zugeführt und für einen Beruf ausgebildet werden, der ihren Kräften entspricht. Für die Nichtleistungsfähigen müssen Pflegeheime eingerichtet werden. Zu einem Antrag gegen die Ausführung der sogenannten

Aufklärungsfilme

erklärt

Abg. Dr. Wehl (L. Soz.): Wir lehnen den Antrag, der Maßnahmen gegen die Darstellung perverber Geschlechtslebens in den Filmen verlangt, ab. Die Sache muß grundsätzlich geregelt werden. Mit einer Zensur ist nichts getan. Die Filme sollen sozialisiert oder kommunalisiert werden.

Abg. Dr. Bronisch (Dnat. Sp.): Wir sind der Jugend Schutz gegen die Vergiftung, Wirkungen solcher infamen Darstellungen schuldig.

Abg. Zimmer-Breslau (Soz.): Wir stimmen geschlossen für den Antrag, wenn wir auch für die Kommunalisierung der Lichtspiele sind.

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Was sich so als Aufklärung gibt, ist nichts weiter als eine Schweinerei und ein Geschäftsmannöver der Filmindustrie. Das Geschäft ist so schmutzig wie die Kellere.

Abg. Dr. Rosenhauer (D. Sp.): Wir stimmen dem Antrage zu in der Erwartung, daß er in seinen Folgen eine Wandlung in der Filmindustrie bedeutet.

Der Antrag wird angenommen.

Am Schluß der

Landwirtschaftsdebatte,

in der ein Agrarier u. a. mittelste, daß ein Schwein heute 4000 M. kostet und überhaupt kein Schwein rechtmäßig abgeliefert wird, erklärte

Landwirtschaftsminister Braun:

Ich messe alle Arbeiterorganisationen mit gleichem Maß. Die Verordnung über die Sicherstellung der Ernte mußte schnell her ausgehen und konnte nicht erst den Justizbehörden zur Beurteilung vorgelegt werden. Was den Ostpreußen droht, empfinde ich als Ostpreuße persönlich jeden Tag. (Beifall.)

Die Abstimmung über die Anträge wird vertagt.

Dienstag, den 4. November, nachmittags 2 Uhr: Keine Anfragen, keine Vorlagen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Wie man nicht macht.

Eine Groß-Berliner Gemeinde, von ihrer Rennung wollen wir diesmal noch absehen, sah sich vor der Notwendigkeit, eine große Menge einwandfreien Rinderaugs reich abzugeben. Was geschah? Man brachte sie, ohne Bekannmachung, in der städtischen Fleischhalle zu freihändigem Verkauf und zwar in beliebigiger Menge und zu 18 M. das Pfund, also für unsere Verhältnisse sozulagen billig. Der Geschäftsführer der Halle erklärte und auf Befragen, die ersten Frauen hätten Lust gezeigt, die Ware zu beanstanden und aus Angst, daß sie liegen bleibe (d. h. hätte man eben jede verlangte Menge abgegeben, wenn auch das Publikum der Halle angeblich meist aus Rinderdemittelten besteht — wir selbst haben dort schon auch andere Käufer gesehen —, so gab diese Geschäftspraxis doch denen,

das aus dem forschenden Blick der Augen strahlte. Solche Augen hatte Krag sowohl im Parlament wie vor den Gerichtsbänken, sowohl zwischen berühmten Staatsmännern, wie zwischen schlauen Verbrechern aus der Tiefe des Mononaise-Viertels gesehen. Der Zufall kennt keine Regel, und gleichzeitig begriff Krag, daß der Mann, den er vor sich hatte, sich nicht leicht zur Strecke bringen lassen würde.

Während Krag diese blühenden Beobachtungen machte, hatte Keller die Photographie hervorgezogen. Sie brauchten keine Vergleiche anzustellen, denn bereits von der anderen Seite der Straße hatten die Detektive die junge Frau erkannt. Der Arbeiter gab auch ohne weiteres zu, daß es selb. Frau sei.

„Das ist sie“, sagte er und sagte sie unterm Arm.

Sie war etwas ängstlich geworden, was keiner der Detektive verwunderlich fand. Das Wort Polizei wirkt immer einschüchternd auf einfache Naturen.

„Wem gehört aber die Photographie“, sagte Keller.

„Mir. Ich habe sie wahrscheinlich gestern verloren.“

„Wo?“

Der Arbeiter blickte von einem zum andern. „Wo?“

„Den Ort kann ich nicht angeben“, antwortete der Arbeiter. „Das kann man ja nie, wenn man etwas verliert.“

„Wo wollen Sie jetzt hin?“ fragte Krag, „zur Arbeit?“

„Ja.“

„Wo arbeiten Sie?“

„Ich will erst Arbeit finden.“

„Sie haben also keine feste Arbeit. Was ist Ihr Fach?“

„Eigentlich bin ich Gartenarbeiter. Aber ich nehme auch andere Arbeit.“

„Wann sind Sie gestern abend nach Hause gekommen?“

„Gegen neun Uhr.“

„Und sind dann zu Hause geblieben?“

„Nein, ich bin ungefähr um elf Uhr fortgegangen und eine Stunde später zurückgekommen.“

„Wo haben Sie sich in der genannten Zeit aufgehalten?“

Der Arbeiter zuckte die Achseln.

„Ich bin spazieren gegangen“, antwortete er.

Krag zeigte auf Hans.

„Begleiten Sie uns hinein“, sagte er.

(Fortf. folgt.)

Landeskonferenz der Erwerbslosenräte.

Am Freitag wurde im „Dresdener Garten“ in Berlin eine vom Landesausführung der Erwerbslosenräte Preußens einberufene Landeskonferenz eröffnet. Sie ist besetzt durch 20 Delegierte aus den preussischen Provinzen sowie einigen Gästen aus Hamburg und Sachsen. Das Reichsarbeitsministerium und der Hauptausführung der Erwerbslosenfürsorge Berlins haben je einen Vertreter entsandt. Auch der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten ist vertreten.

Die Tagung begann mit dem von Hoste-Berlin erstatteten Geschäftsbericht des provisorischen Landesausführungsausschusses. Er betonte, daß die Erwerbslosenräte unter Ausschaltung von parteipolitischen Bestrebungen lediglich die wirtschaftlichen Interessen der Erwerbslosen wahrnehmen wollen. Die Fürsorge für die Erwerbslosen — unter denen sich zurzeit 60 Proz. Kriegsbeschädigte befinden — werde von den Behörden und von den Gewerkschaften nicht in genügender Weise betrieben. Auch der Kopf der revolutionären Arbeiter Berlins, der Vollzugsrat, habe in der Erwerbslosenfürsorge versagt! Es sei deshalb notwendig, die Erwerbslosenräte des ganzen Reiches organisatorisch zusammenzufassen und dadurch eine Stelle zur Vertretung der Erwerbslosen zu schaffen.

Die Konferenz beschloß ein Organisationsstatut der Arbeitslosenräte Preußens. Nach dem Statut wird in jedem Ort in öffentlicher Versammlung auf je 1000 Arbeitslose (in Städten mit weniger als 1000 Arbeitslosen auf je 500) ein Arbeitslosenrat gewählt. Die örtlichen Arbeitslosenräte (die sich in den Fürsorgebezirken bezirksweise zusammenschließen) bilden aus sich heraus den Provinzialarbeitslosenrat. Provinzialkonferenzen wählen Vertreter zur Landeskonferenz und diese wählt aus ihrer Mitte den Landesarbeitslosenrat Preußens. Den Arbeitslosenräten kann jederzeit durch eine ordnungsmäßig einberufene Arbeitslosenversammlung das Mandat entzogen werden. Jeder Arbeitslosenrat kann nur mit seinem Willen in Arbeit geschickt werden. Da die Regierung Mittel für die Provinzial- und Landesräte der Arbeitslosen nicht zur Verfügung stellt, ist jeder Arbeitslose moralisch verpflichtet, monatlich mindestens 10 Pf. zu zahlen. Einem Vertreter der Kooperationsarbeiter und einem Vertreter des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten wird Sitz und Stimme im Landesarbeitslosenrat gewährt. Alle Arbeitslosenräte haben vom 1. November ab die „Mitzeitung“ zu holen. Verhandlungen mit der Reichs- und der Landesregierung dürfen nicht von den örtlichen, sondern nur vom Reichs- bzw. Landesrat der Erwerbslosen geführt werden.

Knoblauch, Vertreter des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten, hielt einen Vortrag, worin er die Unterfütterung der Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen als viel zu gering bezeichnete. Es sei eine Forderung für die Kriegsbeschädigten, daß ihnen ihre Anteile auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wird und daß die Empfänger der Vorkasse, die 147 M. monatlich beträgt, überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Der Redner forderte für die Kriegsbeschädigten im Falle der Erwerbslosigkeit dieselben Sätze, welche die gefunden Arbeitslosen erhalten, Mietbeihilfe, freie Lieferung von Kohlen, Ausdehnung der Sätze für Schwerbeschädigte auf die unter 50 Proz. erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und Anerkennung der Vertreter der Kriegsbeschädigten durch die Regierung.

Gewerkschaftsbewegung

Nach dem Stuttgarter Metallarbeiter-Verbandstag.

Wo bleibt die Erweiterung der Mitgliederrechte?

Über diese Frage vertritt sich ein Mitarbeiter der „Soz. Korresp.“ im Anschluß an den Metallarbeiter-Verbandstag wie folgt: Mehr Selbstbestimmungsrecht! Das war der Kampfruf derer, die gegen den früheren Vorstand im Metallarbeiterverband Sturm liefen. Besonders als Bremser bei Streiks wurde der Vorstand verurteilt. Er sollte es mit den Mitgliedern dadurch verborgen haben, daß er von dem ihm im Statut verliehenen Rechte Gebrauch machte, über die Berechtigung und die Aussichten von Arbeitsloseinstellungen nach seinem besten Ermessen zu entscheiden und nicht lediglich nach den Meinungen und Stimmungen der in Betracht kommenden Verbandsmittglieder. Ja, für die reaktionären bürokratischen Verhältnisse des Vorstandes war schon Beweis genug, daß diese Bestimmung überhaupt im Statut vorhanden war. Freilich stand sie da schon seit der Gründung des Verbandes. Ja, schon vor der Gründung des Verbandes, als die überwiegende Mehrheit der Metallarbeiter sich nur in örtlichen Fachvereinen organisierten konnte und sich durch die Einsetzung eines Vertrauensmannes für ihren Beruf einen Erfolg für die damals unmögliche Zentralleitung schaffen mußte, durften Arbeitsloseinstellungen nur mit Genehmigung dieses Vertrauensmannes vorgenommen werden; damals lag es also sogar in der Hand einer einzelnen Person, darüber zu entscheiden, ob ein Streik durch die Gesamtheit der deutschen Metallarbeiter unterstützt werden sollte oder nicht. Auf den ersten Generalversammlungen des Verbandes wurde dem Vorstände empfohlen, von dieser Bestimmung des Verbandstatuts schärferen Gebrauch zu machen. Als aber der Vorstand sich durch Zwang der Umstände gezwungen sah, diesem Auftrag nachzukommen, mußte er sich die schlimmsten Beschimpfungen gefallen lassen.

Die Opposition im Verbande hat nicht zum wenigsten mit diesem Vorwurf des Bremens und der Vergewaltigung der Mitglieder gekämpft. Man durfte nun gespannt sein, wie die nunmehr zur Oberherrschaft gelangte Opposition ihr Versprechen erweiterten Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder bei den Statutenberatungen einlösen würde. Bei wenigen ganz unwichtigen Paragraphen hat man auch versucht, sich diesen Anschein zu geben. Aber beim Streikrecht, das man als das wichtigste Recht der organisierten Arbeiter feiert, hat man auf dieser Generalversammlung die Rechte der Mitglieder nicht nur nicht erweitert, sondern erneut eingeschränkt. Die Proklamierung des Streiks ist erschwert worden, indem die Statutenberatungskommission neu in das Statut die Bestimmung einfügte, daß ein Antrag auf Arbeitsloseinstellung auch dann abgelehnt werden muß, wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind.

Die Mehrheit der Generalversammlung, die den Verband nunmehr doch in neue „revolutionäre“ Bahnen leiten will, schloß diese Verschärfung ohne Widerrede. Man darf ja nun gespannt

sein, wie weit der neue Vorstand ihre Hoffnung rechtfertigen wird, daß er die in nächster Zeit sich ohne Zweifel mehrenden Anträge auf Arbeitsloseinstellung freundlicher behandeln wird, als der alte Vorstand. Die Mehrheit hat ihren Vertrauensleuten im Vorstand eine Verantwortlichkeit aufgedrückt, aber die sie sich unmöglich klar gewesen sein kann. Man darf auf die nächsten Ereignisse im Metallarbeiterverband recht gespannt sein.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission

erläßt folgenden Aufruf:

An die werktätige Bevölkerung Berlins!
Euer Koalitionsrecht ist in Gefahr!
Die Technische Nothilfe hat durch ihr Eingreifen in den Solidaritätsstreik für die Berliner Metallarbeiter, jedem klar und deutlich erkennbar, ihren Charakter als Streikbrecher-Organisation aufgezeigt.

Sie steht unter beherrschendem Schutz!
Kopf- und Handarbeiter!
Eurem Koalitionsrecht droht Gefahr!

Die uneingeschränkte Anwendung des Koalitionsrechtes ist eine der wenigen Errungenschaften des 8. November. Um sie hat die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft. Sie ist sich aber auch in ihrem jahrzehntelangen Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage stets der Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber bewußt gewesen, die in den Gesetzen der Menschlichkeit ihre Wurzeln hat.

Es ist deshalb eine Herausforderung der Arbeiter als Klasse, ihr dieses Verantwortlichkeitsgefühl der Allgemeinheit gegenüber abzusprechen zu wollen.

Die Arbeiterschaft muß dagegen und gegen jeden Versuch, unter welcher Begründung es immer sei, das Koalitionsrecht anzutasten, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ankämpfen.

Die Schaffung und die behördliche Inanspruchnahme der Technischen Nothilfe stellt einen solchen Versuch dar, in das Koalitionsrecht einzugreifen.

Nicht einen Schritt darf die Arbeiterschaft in der Verteidigung ihres Koalitionsrechtes und des Rechtes zurückgeben, daß den Gewerkschaften in ihrer führenden Körperschaft grundsätzlich das Entscheidungsrecht über Koalitionsarbeiten zusteht.

Ausschluß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Wir haben zu diesem Aufruf des Ausschusses der in ihrer Mehrheit aus Unabhingigen zusammengesetzten Berliner Gewerkschaftskommission zu bemerken, daß die Technische Nothilfe keine Streikbrecherorganisation ist. Sie steht den Kämpfen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern neutral gegenüber; nur wenn durch unverantwortliche Maßnahmen das Lebensrecht der Gesamtheit angetastet wird, tritt die Technische Nothilfe in Funktion. Und es kommt schon einer gewaltigen Begriffsverbreitung gleich, wenn der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission sich bemüht, eine solche, lediglich das Wohl der Gesamtheit wahrnehmende Organisation zu einer Streikbrecherorganisation zu stampeln. Dafür, daß die Technische Nothilfe überhaupt erforderlich wurde, sind lediglich diejenigen verantwortlich zu machen, die durch ungelobte Arbeitsniederlegung in lebensnotwendigen Betrieben jeden Sinn für das Gemeintwohl vermissen ließen.

Nicht die Firma, sondern der Arbeiterausschuss entläßt.

Vom Arbeiterratsausschuss der Firma Krenkel erhalten wir zu unserer Veröffentlichung in der Donnerstagsmorgen-Nummer des „Vorwärts“ folgende Zuschrift:

„Die Werksleitung trat an den Arbeiterratsausschuss heran mit der Mitteilung, daß ein Teil der Belegschaft wegen Materialmangel entlassen werden müßte. Die Firma verlangte, daß die jetzt Ausgelernten als erste entlassen werden sollen. Mit Rücksicht auf die Kriegszeit, wo Befehle viel mit Kriegsarbeit beschäftigt und aus diesem Grunde in nicht genügender Weise ausgebildet wurden, bei einigen auch äußerst schlechte familiäre Verhältnisse bestehen, konnten wir unsere Zustimmung hierzu nicht geben. In einer stattgefundenen Betriebsversammlung kam ein Antrag einstimmig zur Annahme, monach der Arbeiterratsausschuss darauf achten solle, daß die wirtschaftlich Stärkeren als erste zur Entlassung kommen. Gegenüber den Vorschlägen der Firma machten wir neue Vorschläge, die in ihren Grundzügen nicht nur die Zustimmung der Firma, sondern auch die des Syndikus vom Arbeiterführerverband und auch eines Vertreters des deutschen Metallarbeiterverbandes gefunden haben. Daß hierbei nicht nach der politischen Anschauung des Einzelnen gesehen wurde, ist selbstverständlich. Von den 14 Vorschlägen, die wir der Firma machten, sind nur zwei, die der E. V. D. angehören. Der in Ihrem Artikel angeführte Arbeiter ist nicht jahrelang, sondern erst seit Mai 1919 bei der Firma beschäftigt und ist seine Entlassung um so mehr gerechtfertigt, da die Firma gezwungen ist, sechs aus der Gefangenenschaft heimgekehrte Kollegen wieder einzustellen, für die sofort Platz geschaffen werden muß.“

Wir haben dieser Zuschrift Raum gegeben, obwohl sie die in unserer Notiz erhobenen Klagen nicht entkräftet. Wenn der Arbeiter, dessen Entlassung in Aussicht steht, erst seit Mai d. J. im Arndt'schen Betriebe beschäftigt ist, verstehen wir es nicht, wie der Arbeiterratsausschuss auf dessen Vorkommnisse die Entlassung mit dem Hinweis auf seine lange Tätigkeit motivieren konnte. Die in Frage kommenden Arbeiter haben die feste Ueberzeugung, daß sie entlassen werden, weil sie sich wiederholt gegen den unerhörten Gewissenstausch im Betriebe gewendet haben. Die Zuschrift enthält merkwürdigerweise hiervon nichts.

Handarbeiter des Papier- und Pappen-Engroshandels.

Eine am 28. Oktober tagende außerordentlich stark besuchte Versammlung der Arbeiter nahm Stellung zu dem am 22. Oktober gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bezüglich des Verhaltens der Unternehmer zu den gemeinschaftlichen Tarifverhandlungen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde beschlossen:

Die Versammelten nehmen den Schiedsspruch an unter der Voraussetzung, daß bis 1. November gemeinschaftliche Verhandlungen seitens der Kommissionen der drei Arbeitgeberverbände und des Transportarbeiter-Verbandes stattfinden.

Infolge Verzögerung des Verhandlungsweges fordern die Arbeiter in Anbetracht ihrer Notlage von den Unternehmern eine Abschlagszahlung von 100 M. und setzen den Streikbeschluss bis zu diesem Tage aus.

Die gewählten Vertreter der deutschen Versicherungsgesellschaften

werden, wie der Zentralverband der Angestellten mitteilt, am 26. Oktober in Prag a d e s u r g auf einer Reichskonferenz die Reform des geltenden Reichsversicherungsvertrages beschließen. Zu dieser Reichskonferenz werden nicht nur vollständig die Versicherungspolize des belegten Bestens, sondern auch die Versicherungsgangestellten des Ostens, so auch Danzig und Polen Vertreter entsenden.

Zur Lohnbewegung der Arbeitnehmer aus der Dürerbranche.

Eine überaus stark besuchte Versammlung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Ausier aus den Dürer- und Braumweinbetrieben nahm Stellung zu dem neuen Lohnabkommen, welches mit dem Arbeitgeberverband getätigt worden ist. Lebenow vom Transportarbeiterverband berichtete, daß die Unternehmer die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe grundsätzlich abgelehnt haben. Die Versammelten waren darüber sehr ungehalten, erklärten sich jedoch nach längerer und sachlicher Ausführungen bereit, dem neuen Lohnabkommen zuzustimmen.

Bezahlt werden ab 1. September 1919:

Für männliche Arbeiter vom vollendeten 20. Lebensjahre
bei der Einstellung 100 M.
Nach halbjähriger Berufstätigkeit 105 „
einjähriger 115 „
110 „
115 „
125 „

Für Arbeiterinnen vom vollendeten 18. Lebensjahre bei der Einstellung 65 „
nach halbjähriger Berufstätigkeit 70 „
einjähriger 75 „

Flaschenpflückerinnen erhalten 10 Proz. mehr.
Neueingestellte, welche bereits in ähnlichen Betrieben nachweislich beschäftigt waren, erhalten ihre frühere Dienstzeit angerechnet.

Das Lohnabkommen gilt bis 31. März 1920.

Die ausführlichen Verhandlungen sind im Druck erschienen und können im Verhandlungsbureau, Engelfufer 15, nach Vorzeigung des Mitgliedsbuches in Empfang genommen werden.

Die Vertrauensleute der Commerz- und Diskontobank erhoben in einer in den Akademischen Verhallen tagenden Versammlung scharfen Protest gegen die anlässlich des Beabsichtigten Sonnabend-Voranschusses in einigen Tageszeitungen gebrachten wahrheitswidrigen Angriffe gegen die Angestellten. Wir haben in der Freitagmorgenausgabe bereits eine entsprechende Zuschrift des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten veröffentlicht. In einer angenommenen Entschliebung heißt es am Schluß: Die Vertrauensleute erwarten von der Direktion, daß sie ihre Beamtenschaft gegen diese ungerechtfertigten Angriffe in der Öffentlichkeit nachdrücklich in Schutz nimmt und daß sie ferner Mittel und Wege findet, ihrer dauernd anschwellenden Arbeitsüberlastung endlich abzuhelfen.

Die Branchenversammlung der Gummiarbeiter (Fabrikarbeiterverband) nahm in einer sehr stark besuchten Versammlung Stellung zum Metallarbeiterstreik. Reimann referierte und zeigte, wie am siegreichen Ausgang des Streiks alle Arbeitergeschichten Groß-Berlins interessiert sind. Mit aller Schärfe wandte er sich gegen die tendenziöse Berichterstattung, die diesen wirtschaftlichen Kampf zu einem politischen Stempeln will. Es gelte den Kampf aufzunehmen gegen alle, die das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter irgendwie einschränken wollen. Aber weiter bestehe die Aufgabe, die Lehren aus diesem Kampfe zu ziehen und den Arbeitern klar zu machen, daß mehr denn je Einigkeit in der jetzigen Zeit geboten sei, den Zerplitterern müsse entgegenzutreten werden.

Krieger gab den Bericht der Branchenleitung und unterbreitete einen Antrag der Funktionäre auf Kündigung des Lohnabkommens. Nach reger Diskussion, in der die Notwendigkeit der Kündigung unter dem Hinweis auf die hohen Lebensmittelpreise betont wurde, stimmte die Branchenversammlung zu. Die Lohnkommission wurde neu gewählt und soll die nötigen Vorarbeiten treffen.

Vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände erhalten wir folgende Berichtigung:

In Ihrer Nr. 541 brachten Sie über die Tarifverhandlungen für die Angestellten im Gaugewerbe: „Außerdem legte der Vertreter des mitverhandelnden Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände sehr wenig Gewicht auf diese Zusage.“ Diese Darstellung ist unzutreffend. Der Bericht gründet sich auf folgende, mit dem Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten vereinbarte Erklärung: „Unter der Voraussetzung, daß über die Gruppeneinteilung der kaufmännischen Angestellten und über die Gehaltsbände der Gruppen Einigung erzielt wird, sind die Angestelltenvertreter bereit, die Frage der Alterszulagen fallen zu lassen. Diese Vereinnahmung gilt nicht für etwa nötig werdende Schlichtungsverhandlungen.“

Zum Metallarbeiterstreik.

Thunowwerk Siemens-Schuckert. Sonnabend, 1 Uhr, Betriebsversammlung im „Stadtart“, Jungfernhöhe. Dasselbst Auszahlung der Streikunterstützung und Abgabe der Kontrollkarten zwecks Auszahlung der 10 M. Vertrauensleistung. Vertrauensleute müssen um 10 Uhr im Streiklokal sein.

Titania-Werk. Sonnabend, den 25. Okt., vorm. 11 Uhr, Betriebsversammlung. Unterschrift der Streikleitung und Entrichtung der freiwilligen Krankenversicherungsbeiträge für 10 Tage.

C. Lorenz, Tempelhof. Betriebsversammlung am Dienstag, 28. Oktober, vorm. 11 Uhr, Hofbräuerei. Daran anschließend Auszahlung. Die Mitglieder des Arbeiterrats treffen sich am Montag, 27. Okt., um 11 Uhr bei Reimer.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sektion 5. Bunker, Lager- und Transportarbeiter aus den Metallbetrieben Reinickendorf, Rosenfeld und Umgebung. Sonntag, den 26. Okt., vorm. 10 Uhr, im Hotel Schäferhaus, Reinickendorf, Rindfleischstraße, große Streik- und Mitgliederversammlung. Die Streikleitung.

Chemische Branche. Für folgende Gruppen sind Einheitsverträge abgeschlossen: Apothekenrufer, gültig ab 1. Juli bis 31. Dez. 1919; Chemischer Großhandel, gültig ab 1. Juni bis 31. Jan. 1920; Chemische Industrie, gültig ab 26. Juni bis 1. Dez. 1919; Oel-, Fett-, gültig ab 1. Juni bis 31. Jan. 1920; Verkaufsstellen, gültig ab 1. Aug. bis 31. Jan. 1920; Chirurgie, gültig ab 1. Juni bis 31. Dez. 1919. Die Verträge sowie bleibende Aufträge sind im Verhandlungsbureau, Engelfufer 14/15 II. Zimmer 38, einzuholen.

Deutscher Wertmeister-Verband. Vorleser und Lederwaren-Vertreter! Versammlung Montag, 27. Okt., 6 Uhr, Alexanderstr. 87. Bericht der Tarifkommission.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Redaktion; für Anzeigen: Richard Gluck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Einar u. Co. in Berlin. Einzelnr. 2. Preis 10 Pfennige.

Möbel-Engros-Lager
Berliner Tischler- & Tapeziermstr.
Albert Gleiser Alexanderplatz
Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir reformieren direkt an Private als Spezialität.
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
In jeder Holz- und Stroh- zu soliden Preisen.
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Austerleuten. Besichtigung unserer umfangreichen Lager ist äußerst lohnend und erwünscht. Lieferung direkt ab Fabrikgebäude.

verkauft zu bekannt billigen Preisen: **Kreuzfische** Alaska-Blauflische 14 von 90.- bis 225.- Mark.
Gelogenheitskäse in Skunks, Harder, Herren-Gehelpen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herren-Anzüge, Paletots von 85.—250 Mk., hochallegant, Gelogenheiten in Damen-Kostümen, Plüsch- und Astrachan-Mänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silb. Taschen usw. unter Taxpreisen.